

Parolenspiegel

09.06.2013

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2013
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Martin Luchsinger, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 399 51 14
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich zurich@grunliberale.ch Website: www.zurich.grunliberale.ch



Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur Änderung des Asylgesetzes
- **Nein** zur Initiative "Volkswahl des Bundesrates"

Begründung: siehe Anhang



Kantonale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zum Hooligan-Konkordat
- **Nein** zur "Bonzensteuer"-Initiative"

Begründung: siehe Anhang



Stadtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur Siedlung Kronenwiese (Objektkredit von 64,8 Millionen Franken)
- **Ja** zum Neubau der Schulanlage Blumenfeld (Objektkredit von 90 Millionen Franken)

Begründung: siehe Anhang

Mit herzlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

JA zum Objektkredit für die neue kommunale Siedlung Kronenwiese (64,8 Millionen Franken)

Die Grünliberalen sagen Ja zum Objektkredit für die städtische Wohnsiedlung Kronenwiese in Unterstrass. Es ist die erste Null-Energie-Überbauung mit dem Standard Minergie-A-Eco. Sie wird mit Hybridkollektoren auf dem Dach in Kombination mit Erdsonden realisiert. Die neue kommunale Wohnsiedlung enthält 99 Wohnungen, einen Doppelkindergarten/Hort, eine Kindertagesstätte, Gewerberäume und Lager. Ein Drittel der Wohnungen sind subventioniert. Da im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft auf eine Parkgarage verzichtet wird, können 2,4 Millionen Franken eingespart werden.

JA zum Objektkredit für den Neubau der Schulanlage Blumenfeld in Zürich-Affoltern (90 Millionen Franken)

In den letzten sechs Jahren hat im Quartier Affoltern die Zahl der Kinder im Schul- und Vorschulalter um 350 auf 2100 zugenommen. Bis 2014 wird eine weitere Zunahme um 300 Kinder erwartet. Diese Entwicklung betrifft insbesondere die Einzugsgebiete der Schulen Im Isengrind und Holderbach in Zürich Nord. Zurzeit wird der Bedarf an Schulraum mit fünf Schulpavillons (inkl. Turnhalle) abgedeckt. Die Grünliberalen unterstützen deshalb den Bau einer neuen Schulanlage. Das Schulhaus Blumenfeld wird gemäss den Standards von Minergie P Eco erbaut. Das Raum- und Ausstattungsprogramm für das Schulhaus Blumenfeld orientiert sich dabei an den Bedürfnissen der Kurz-Tagesschulen. Bezüglich der reinen Baukosten liegt der Aufwand für das künftige Schulhaus Blumenfeld im Durchschnitt der in den letzten Jahren realisierten Schulhäuser Im Birch und Leutschenbach.

Grünliberale Partei Kanton Zürich

JA zum Hooligan-Konkordat

Diverse Ausschreitungen in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass die heutige Regelung zu wenig wirksam ist. Das neue Konkordat gibt der Polizei griffigere Mittel zur Bekämpfung von Gewalt an Sportveranstaltungen in die Hand. Begrüssenswert ist beispielsweise, dass sinnvolle Massnahmen gegen das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen formuliert sind. Oder dass die Behörde bestimmen kann, wie die Anreise und Rückreise der Anhänger der Gastmannschaft abzuwickeln ist und unter welchen Voraussetzungen ihnen Zutritt zu den Sportstätten gewährt werden darf. Dies sind Punkte, die in anderen Ländern schon seit Jahren selbstverständlich sind und erfolgreich eingesetzt werden.

Auch die zeitliche und räumliche Ausdehnung des Rayonverbots für gewalttätige Fans ist angemessen. Ob andere Massnahmen, wie die Durchsuchungsregelungen, wirklich zu besserer Sicherheit beitragen, ist dagegen fraglich. Alles in allem ist die glp der Meinung, dass das Konkordat sinnvoll überarbeitet wurde und den aktuellen Anforderungen bezüglich Sicherheit Rechnung trägt.

NEIN zur "Bonzensteuer"-Initiative

Die Grünliberalen lehnen die massive Erhöhung der Vermögenssteuer, wie es die Initianten der «Bonzensteuer»-Initiative wollen, einstimmig ab. Ein Blick in den Steuerbelastungsmonitor der Finanzdirektion zeigt, dass bereits heute grosse Vermögen im Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich stark belastet werden.

Die Vermögensgrenzen von CHF 2 Mio. (Einzelpersonen) resp. CHF 2,1 Mio. (Verheiratete) führten zu einem Bruch der Steuerbelastung. Dies widerspricht dem Gebot einer ausgewogenen Steigerung der Progression. Weiter übersteigt der vorgeschlagene Steuersatz die aktuellen Zinsen, welche die Banken für Sparkontoguthaben zahlen. Sparer, die ihr Vermögen auf diese risikoarme Weise angelegt haben, müssten eine Erosion ihrer Vermögenssubstanz hinnehmen. Zudem schadet die VI den KMU. Viele KMU-UnternehmerInnen haben ihr Vermögen in ihrer eigenen Firma investiert, schaffen wertvolle Arbeitsplätze, tragen hohe Risiken und leisten damit einen wichtigen Anteil an der Wertschöpfung im Kanton Zürich. Die so erwirtschafteten Gewinne bilden wiederum Steuererträge für Kanton und Gemeinden. Für die Grünliberalen schadet die VI ganz klar dem Wirtschaftsstandort Zürich als Ganzes, im Speziellen den für uns wichtigen KMU und bestraft alle die sparen.

JA zur Änderung des Asylgesetzes

Die Delegierten der Grünliberalen haben den Änderungen des Asylgesetzes mit 117 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt. Mit dem revidierten Asylgesetz wird die Schaffung von Bundeszentren vereinfacht und die Kantone werden dadurch entlastet, mit den Testphasen können zudem neue Verfahrensabläufe getestet werden, um die Asylverfahren künftig effizienter zu gestalten.

NEIN zur Initiative "Volkswahl des Bundesrates"

Die Volkswahl des Bundesrates lehnen die Grünliberalen mit 4 Ja- Stimmen gegen 132 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung klar ab. Eine Volkswahl des Bundesrates würde dem föderalistischen System der Schweiz nicht gerecht und sie würde das bewährte Kollegialitätsprinzip in Frage stellen.